

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Berlin-Brandenburg**

Abteilung Presse

PM 77/10
03.12.10

Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 2011: Soziale Standards dürfen nicht unter die Räder kommen

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 1. Mai 2011 auch in Deutschland wird zwar erheblich auf die Tarifbedingungen (Entlohnung, Arbeitszeit) drücken, der DGB befürchtet jedoch aufgrund der niedrigen Löhne in der Region kaum Verdrängung bei den Arbeitsplätzen. Ab kommenden Mai können sich Menschen aus den acht neuen EU-Ländern ohne Beschränkung einen Job in Deutschland suchen. Ausländische Arbeitnehmer folgten sog. Migrationspfaden in prosperierende Regionen, so die DGB-Vorsitzende Doro Zinke. Gleichwohl plädierte die DGB-Chefin dafür, endlich einen existenzsichernden allgemeinen Mindestlohn einzuführen. Vehement kritisierte Zinke den Widerstand der FDP gegen die Aufnahme des Leiharbeitsmindestlohns in das Entsendegesetz. Der DGB-Bezirk habe im Übrigen die Zeichen erkannt und leiste bereits mit einer Beratungsstelle für „*Entsandte Beschäftigte*“ wichtige Informationsarbeit.

Auf einer Fachtagung der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales zur Arbeitnehmerfreizügigkeit erklärte Zinke heute, das Problem seien weniger die osteuropäischen Beschäftigten als vielmehr die deutschen Unternehmen. Denn diese würden auf Profitmaximierung durch Lohndumping setzen und dabei ausländische Subunternehmen vor den Karren spannen. Um Missbrauch einzudämmen und soziale Standards zu verteidigen, sprach sich die DGB-Vorsitzende dafür aus, verstärkt solche Unternehmen zu kontrollieren, die im Verdacht stünden Scheinselbständige zu beschäftigen. Zudem solle die Zusammenarbeit von Arbeitsagenturen und Leiharbeitsfirmen besser überprüft werden.

G:\Öffentlichkeitsarbeit\Medienneu\2010\AN-Freizügigkeit-Fachtagung.doc

E-Mail:

Dieter.Pienkny@dgb.de

Internet:

www.Berlin-Brandenburg.DGB.de



Verantwortlicher
Redakteur:
Dieter Pienkny

Keithstr. 1 - 3
10787 Berlin

Telefon 030 - 21240-111
Telefax 030 - 21240-114